

Bezirke stärken. Mehr Subsidiarität wagen.

1. Lebenswerte Quartiere: Das braucht Hamburg

Die FDP-Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den sieben Bezirksversammlungen arbeiten gemeinsam daran, die Stadtteile in Hamburg für die Menschen vor Ort zu entwickeln. Ziel unserer Politik ist es, die Strukturen in den Quartieren zu stärken. Dafür setzen wir anders als alle anderen politischen Parteien auf die Kompetenz der Bezirke, ihre Herausforderungen selbst zu meistern. Das Prinzip der Subsidiarität ist uns wichtig: Wann immer ein Problem auf der niedrigeren Ebene gelöst werden kann, soll es dort auch gelöst werden. Wir wollen das unschätzbare Wissen der Menschen vor Ort nutzbar machen – weil Freiheit für uns Liberale bedeutet, dass die Menschen sich selbst einbringen, ohne vom Staat darin willkürlich gelenkt oder gar behindert zu werden.

Der Hamburger Senat hingegen macht das glatte Gegenteil: Er zentralisiert Strukturen in der schlechten Tradition der Arroganz der Macht. Die FDP-Fraktionen treten dem entschieden entgegen: Wir machen Vorschläge, wie bezirkliche Strukturen gestärkt werden können. Wir entwickeln Ideen, wie das Leben im Stadtteil verbessert werden kann. Und wir setzen uns dafür ein, dass von der Entwicklung alle profitieren. Das braucht Hamburg.

1.1 Eigene Finanzen: Mehr Gestaltungsspielraum im Bezirk

Wichtig für die Gestaltungsfähigkeit vor Ort ist die auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Dazu bedarf es einer Erhöhung der Rahmenzuweisungen und einer echten eigenen Finanzhoheit. Diese versetzen die Bezirke und ihre Versammlungen in die Lage mit echten Parlamenten eigene Schwerpunkte in der Politik vor Ort zu setzen. Das brauchen die Bezirke.

In den Haushaltsberatungen für die Jahre 2015/16 wird die FDP-Bürgerschaftsfraktion aufzeigen, wie eine Erhöhung der Rahmenzuweisungen an die Bezirke bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung gelingen kann. Bereits zu den letzten beiden Haushaltsberatungen haben wir Anträge zur Erhöhung der Rahmenzuweisungen eingebracht. Wir fordern den Senat auf, den Bezirken endlich die Rahmenbedingungen zu geben, die sie benötigen, damit Freiheitsspielräume vor Ort je nach den Bedürfnissen in den Quartieren geschaffen werden können. Dazu bedarf es einer Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes.

1.2 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Ein Prinzip liberaler Politik in den Hamburger Parlamenten ist, privates Engagement dem staatlichen vorzuziehen. Wir entwickeln deshalb fortlaufend Initiativen, die das zivilgesellschaftliche Engagement in dieser Stadt aufgreifen und die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Ein wichtiges Thema, bei dem die Anstrengung der ganzen Stadt gefordert ist, ist die Unterbringung der Flüchtlinge in Hamburg. Jeden Monat müssen derzeit 300 weitere Plätze in der Unterbringung geschaffen werden. Dabei verletzt der Hamburger Senat derzeit mehrfach geltendes Recht: Anwohner werden nicht ausreichend eingebunden, Bezirksversammlungen teilweise erst nachträglich eingeweiht, Unterbringungskapazitäten unterschiedlich stark ausgelastet. Darunter leiden die Flüchtlinge selbst genauso wie die Anwohner vor Ort. Um zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich zu stärken, hat die FDP-Bürgerschaftsfraktion beantragt, die Vermittlung von Flüchtlingen in private Quartiere zu erleichtern. Gemeinsam erneuern wir mit den Bezirksfraktionen unsere Forderung nach einer Plattform zur Vermittlung für Wohnraum an Flüchtlinge in private Quartiere. Außerdem fordern wir den Senat auf, ein Kommunikationskonzept für die Eröffnung neuer Flüchtlingsunterkünfte zu erarbeiten. Es wird Zeit, dass der Senat seine Hausaufgaben macht und die Bürger und Bezirksversammlungen bei dieser schwierigen Aufgabe so einbindet, wie längst vorgesehen Freiheit für etwas heißt für uns auch: Die Freiheit unserer Bürger zur Hilfe für die Flüchtlinge zu entwickeln.

1.3 Zusammenleben in der Stadt: Quartiere entwickeln

1.3.1 Ausreichend Stellplätze sichern

Hamburg wächst und das ist gut so. Allerdings verspielt der Senat die Chancen, die aus diesem Wachstum entstehen. Anstatt ausreichenden Parkraum für die wachsende Zahl der Hamburger zu sichern, schafft er die Stellplatzabgabe ab. Die FDP-Fraktionen werden sich vor allem über Bebauungspläne weiterhin dafür einsetzen, dass in den Bezirken genügend Parkraum zur Verfügung steht. Bei Neubauten vor Ort fordern die Bezirksfraktionen ein, dass zusätzlicher Parkraum geschaffen wird. Damit sind die FDP-Bezirksfraktionen der einzige Garant dafür, dass der Parksuchverkehr in Zukunft kleiner und nicht größer wird. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird sich weiter für eine Stellplatzabgabe einsetzen.

1.3.2 Lebensqualität: Sportflächen und Kleinspielfelder in Wohnortnähe

Hamburg baut neue Wohnungen und widmet so auch Flächen um, die bisher für sportliche Aktivitäten genutzt werden konnten. Das gilt für Grün-Freiflächen wie für explizit als Sportflächen genutzten Raum. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat in einem Antrag auf, neben dem quantitativen Sportflächenbestand auch das Angebot von wohnortnahen öffentlich zugänglichen Kleinspielfeldern zu sichern. Hierfür soll der Senat ein Konzept erarbeiten, das im Zuge aller Baumaßnahmen, die Sportflächen betreffen, entsprechende Leitlinien berücksichtigt und frühzeitig die betroffenen Sportvereine, Schulen und Anwohner einbindet. Nur so kann trotz der hohen Priorität, die der Wohnungsbau in unserer Stadt genießt, die Lebensqualität im eigenen Stadtteil für Jung und Alt gewährleistet werden.

1.3.3 Sicherheit und Ordnung: Probleme vor Ort lösen

Die FDP-Fraktionen erneuern ihre Forderung, einen bezirklichen Ordnungsdienst als kommunale Aufgabe bei den Bezirken aufzuhängen. Gerade beim Thema Sicherheit und Ordnung können die Probleme vor Ort am besten auch dort gelöst werden.

1.3.4 Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger

In der Bezirkspolitik geht es um Fragen des täglichen Lebens vor Ort. Die FDP-Fraktionen möchten dabei alle Bürger vor Ort entscheiden lassen: Deshalb setzen wir uns weiter für ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch für Nicht-EU-Bürger ein. Denn die Freiheit mitzuentscheiden erhöht auch die Bereitschaft, Mitverantwortung vor Ort zu übernehmen.

1.3.5 Chancen einen Freiraum geben: OKJA erhalten

Kinder und Jugendliche brauchen auch außerhalb der Schule Freiräume. Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) bieten diese Freiräume. Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbstorganisiert gestalten. Sie finden dort erwachsene Ansprechpartner, denen sie Vertrauen entgegen bringen.

Gleichwohl müssen die Einrichtungen auf die veränderte Schullandschaft reagieren: Immer mehr Schulen bieten eine Ganztagsbetreuung an. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft möchten wir deshalb anregen und gezielt fördern. Schulische Ganztagsangebote können und sollen die OKJA aber nicht ersetzen. Denn auch nach 16 Uhr, wenn die Ganztagsangebote an Schulen enden, brauchen Kinder und Jugendliche eine Anlaufstelle.

Wir setzen uns deshalb für die Beibehaltung dieser Arbeit und für eine vielfältige Jugendhilfelandchaft in öffentlicher und freier Trägerschaft ein. Der Senat spart hier am falschen Ende; die Kürzungen des SPD-Senats lehnen wir ab. Die FDP-Fraktionen wollen, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken gelingen kann und

fordern deshalb eine bessere finanzielle Ausstattung der offenen Angebote.

1.3.6 Förderschulen in Quartiernähe vorhalten

Voreilig und ohne eine funktionierende Inklusion abzuwarten hat der Senat einen erheblichen Teil der Förderschulen in der Stadt geschlossen oder zentral zusammengelegt. Nun müssen viele förderbedürftigen Kinder und Jugendlichen weite Wege bis zum nächsten Förderzentrum zurücklegen oder versuchen, die unterausgestattete und weitgehend nicht funktionierende Inklusion in allgemeinbildenden Schulen zu nutzen. Die FDP-Fraktionen fordern den Senat auf, unter enger Einbindung der Bezirke einen Schulentwicklungsplan für die Förderschulen zu entwickeln, der eine flächendeckende Versorgung mit diesem Schulangebot ohne unzumutbare Anfahrtswege sichert.

1.3.7 Öffnung von Schulhöfen

229 Hamburger Schulhöfe sind mit Spiel- und Sportgeräten ausgestattet, 31 davon mit Fußballtoren. Der Senat kann auch auf Nachfrage nicht sagen, welche davon auch außerhalb der Schulzeit für sportliche Aktivitäten genutzt werden. Die FDP-Fraktionen fordern Senat und Bezirke auf, ein Konzept zur außerschulischen Nutzung dieser Plätze zu erarbeiten, das eine sportliche Nutzung dieser Plätze außerhalb der Schulzeit zulässt.

1.3.8 Private Grünpflege ermöglichen statt gängeln

Wer sich in seinem Umfeld einbringen und Verantwortung für seine Umwelt übernehmen möchte, der kann eine Patenschaft für Straßenbegleitgrün übernehmen. Leider wissen dies viel zu wenige Menschen: Die FDP-Fraktionen fordern den Senat und die Bezirksämter auf, eine Informationskampagne zu starten und so dazu beizutragen, dass mehr Menschen über diese Möglichkeit informiert werden. Zudem sollen die Bezirksämter Menschen bei entsprechenden Projekten nicht gängeln, sondern in die Lage zur Eigeninitiative versetzen. Denn mehr Freiheit heißt auch, den öffentlichen Raum im eigenen Umfeld zum Nutzen aller pflegen und gestalten zu können.

1.3.9 Ausreichend Wohnraum schaffen: Bezirke machen Druck

Die FDP-Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat auf, sich mit einer Bundesratsinitiative für die Möglichkeit der degressiven Abschreibung für Wohnungsbau in Regionen mit großer Knappheit einzusetzen. Dafür hat die FDP-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

Die FDP-Bezirksfraktionen tragen in allen Bezirken dazu bei, dass Wohnungsbau ermöglicht wird. Einer der Wohnungsbaubezirke der Stadt, Hamburg-Nord, ist nicht zufällig einer, in dem die FDP-Fraktion eine Koalition mitträgt. Mit FDP-Beteiligung in der Regierung gelingt der Wohnungsbau besser als ohne, weil wir Tempo machen bei der Entwicklung von Flächen. Dabei muss auch die Beteiligung der Bezirke bei der Bebauung von Schulflächen sichergestellt werden.

1.3.10 Gewerbeflächen in den bezirklichen Fokus

Bezirke haben derzeit viel zu wenig Anreize zur Schaffung von Gewerbeflächen: Es existiert im Prinzip kein Management zur Bezirks- und stadtweiten Schaffung von Gewerbeflächenentwicklung. Und das, obwohl Hamburg bei der Ansiedlung von Unternehmen unter starken Konkurrenzdruck mit dem Umland steht. Um diesem Druck zu begegnen, fordern die FDP-Fraktionen ein Verfahren, wie die systematische Ausweisung von Gewerbeflächen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsbehörde verbessert werden kann, was auch für eine Beteiligung an den Einnahmen aus Gewerbeansiedlungen gelten sollte.

2. Starke Wirtschaft vor Ort: Das braucht Hamburg

2.1 Außengastronomie fördern, nicht gängeln

Die Außengastronomie trägt maßgeblich zur Attraktivität der Stadt für Einwohner und Touristen gleichermaßen bei. Die FDP-Fraktionen setzen sich für einen zeitgemäßen Umgang mit der Außengastronomie ein. Gängelung und Verbote gegenüber der Außengastronomie müssen ein Ende haben. Ob blaue Striche auf den Gehwegen oder Heizpilzverbote in einzelnen Bezirken: Derartige Regelungen behindern die Entfaltung von Außengastronomie und sollen möglichst abgeschafft werden. Denn Freiheit heißt auch, dort draußen essen und trinken zu können, wo es allgemeinverträglich ist.

2.2 Sonntagsöffnungen und Kioskbetrieb liberalisieren

Eine Beschränkung der Öffnungszeiten in Hamburg ist für eine Stadt, die sich als weltoffene Metropole begreift, nicht angemessen. Deshalb setzt sich die FDP-Bürgerschaftsfraktion für die Flexibilisierung von Sonntagsöffnungen ein. Mindestziel ist die Schaffung von zwei zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen im Jahr, die durch den jeweiligen Bezirk festgelegt werden können. Zudem sollen Kioske weniger Auflagen als bisher erhalten: Die zeitliche Beschränkung auf fünf Stunden Öffnungszeit pro Sonntag für Kioske soll entfallen. Denn Freiheit bedeutet auch, einkaufen zu können, wann man will.

3. Fließender Verkehr: Das braucht Hamburg

3.1 Busbeschleunigung stoppen

Verkehr muss fließen. Mobilität ist ein Kernbestandteil von Freiheit. In diesem Sinne setzen sich die Hamburger FDP-Fraktionen dafür ein, alle Verkehrsträger gleichberechtigt schneller an ihr Ziel zu bringen. Deshalb ist der Verkehr insgesamt zu beschleunigen statt angeblich nur Busse: Das Busbeschleunigungsprogramm des Senats bringt nichts und kostet viel. Wir fordern den sofortigen Baustopp. Die Mittel

sind in Maßnahmen zur echten Verkehrsbeschleunigung besser angelegt. Dazu zählen beispielsweise moderne Ampelschaltungen.

3.2 Gesamtverkehrskonzept statt Stadtbahn

Hamburg braucht keine Rückkehr zur Straßenbahn, die als Stadtbahn unter größtem Bau-, Beteiligungs- und Planungsaufwand mit Milliardenkosten als neues Verkehrssystem etabliert werden müsste. Stattdessen sollte der Senat unter Beteiligung der Bezirke endlich ein Gesamtverkehrskonzept entwickeln, wie seit Langem versprochen. In ihm sollten Weiterbau und Ausfädelungen von S- und U-Bahn in bestimmten Teilen der Stadt ebenso eine Rolle spielen, wie die Verbesserung der vorhandenen Verkehrs-Infrastruktur (s.u.) oder die verstärkte Nutzung der Wasserwege Hamburgs, etwa durch Wassertaxis. Auch Querverkehre müssen in Hamburg durch eine Verbesserung des Achsenkonzepts besser aufgefangen werden.

3.3 Infrastruktur sanieren

Hamburg braucht eine schnelle Sanierung seiner Straßen und Wege. Seit vielen Jahren werden Straßenschäden nicht mehr vollständig beseitigt. Das Vorgehen des Senats ist bestenfalls Flickschusterei. Dies betrifft Straßen, aber auch Rad- und Gehwege. Eine Anfrage der FDP-Bürgerschaftsfraktion hat gezeigt, dass die Bezirke nicht in der Lage sind, die Reparaturbedarfe auf Radwegen zu ermitteln. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion hat den Senat mit einem Antrag Anfang 2013 aufgefordert, einen Masterplan zur Sanierung der Straßen, Rad- und Fußwege vorzulegen. Dies hat der Senat bis heute nicht geschafft.

3.4 Kreisverkehre verstärkt ausbauen

Um eine höhere Verkehrsbeschleunigung zu erreichen, sollen zukünftig verstärkt dort Kreisverkehre eingesetzt werden, wo die örtlichen und verkehrlichen Gegebenheiten es ermöglichen. Somit vermeidet man nicht nur unnötiges Anhalten an Ampeln, sondern fördert zugleich die Verkehrssicherheit und reduziert die Schadstoff- und Lärmemissionen.

3.5 Koordination von Baustellen

Das Baustellenmanagement des Senats funktioniert nicht. Die für Hauptverkehrsstraßen in Hamburg zuständige KOST ist personell, finanziell und technisch nicht adäquat ausgestattet. Eine Abstimmung von Baumaßnahmen mit und unter den Bezirken findet lediglich rudimentär statt. Die Koordination mit anderen Trägern von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen ist auch nach drei Jahren SPD-Regierung mangelhaft. Baustellenbezogene Verkehrssimulationen sind noch immer nicht möglich. Lange Verzögerungen, fehlende oder schlecht geplante Umleitungsstrecken sowie erhebliche Verluste an Bruttowertschöpfung sind die Folgen der schlechten Baustellenkoordinierung. Deshalb fordern die FDP-Fraktionen eine bessere Koordinierung von Baustellen

durch eine personell und technisch gut ausgestattete KOST. Hierfür hat die FDP-Bürgerschaftsfraktion bereits in den Haushaltsberatungen 2013/2014 einen Antrag eingebracht. Zu einem besseren Baustellenmanagement gehört auch eine zügige Arbeit auf den Baustellen. Deshalb brauchen wir ein Bonus-Malus-System: Vertragsstrafen bei Überziehung des Fertigstellungstermins, Prämien bei vorzeitiger Fertigstellung, sowie mehr Nacht- und Samstagsarbeit.

3.6 StadtRad ausbauen, private Initiative ermöglichen

Die roten Fahrräder des Hamburger StadtRad-Systems sind im Zentrum der Stadt zu einem alltäglichen Teil des Stadtbildes geworden. Die Nutzerzahlen steigen kontinuierlich, die gefahrenen Kilometer gehen in die Millionen und an schönen Tagen ist es häufig aussichtslos im Zentrum der Stadt ein Rad zu bekommen. Jedoch ist nach Auffassung der FDP-Fraktionen das StadtRad-System immer noch nicht vollständig ausgebaut, nur eine halbe Lösung. In vielen Stadtteilen sucht man vergebens nach einer Leihstation. Anwohner, Gewerbetreibende und Wohnungsgesellschaften rufen nicht nur lautstark nach dem Ausbau des Systems, sie sind sogar häufig bereit die Kosten für den Ausbau zu übernehmen. So hat der Eisenbahnbauverein Harburg (EBV) erst vor kurzem Bereitschaft signalisiert, die Investitionskosten für eine Anlage in Wilstorf zu übernehmen. Dies ist kein Einzelfall! Deshalb fordern die FDP-Fraktionen dem privaten Engagement zum Ausbau des StadtRad-Systems keine Steine in den Weg zu legen, sondern das Engagement zu fördern. Mitspracherechte bei der Standortauswahl und der Größe der Anlagen, die Bereitstellung kostenfreier Fläche oder die Erlaubnis, dass die Investoren Werbung an den privatfinanzierten Standorten anbringen können, sind Anreize die einen zügigen Ausbau begünstigen.

3.7 Intelligente Verkehrsführung durch Telematik

Hamburg steht im Stau! Die Hauptverkehrsstraßen sind zu den Stoßzeiten regelmäßig überlastet, als Ausweichrouten dienen den Verkehrsteilnehmern dann häufig die Nebenstraßen durch die Wohnquartiere der Stadt. Anwohner werden durch den Verkehr belästigt, die Unfallgefahr steigt und die Fahrzeit verlängert sich erheblich. Eine intelligente Verkehrsführung durch Telematik, oder eine verkehrsadaptive Steuerung von Lichtsignalanlagen kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Verkehrsflusses in Hamburg leisten und die Wohnquartiere von Verkehr entlasten. Jedoch nutzt der Senat die technischen Möglichkeiten zur Optimierung des Verkehrsflusses noch immer nicht aus. Deshalb fordern die FDP-Fraktionen den Ausbau der Telematik zu forcieren um dadurch den Verkehr aktiv zu beeinflussen.

3.8 Bezirke stärken: Aufgaben der unteren Straßenverkehrsbehörde übertragen

Die bestehenden Zuständigkeiten für straßenverkehrliche Aufgaben sind innerhalb Hamburgs vollkommen intransparent. Zeitraubende Abstimmungsprozesse, Doppelarbeit und langsame Entscheidungs-

prozesse sind die Folge. Eine Zusammenführung der Aufgaben der örtlichen Straßenverkehrsbehörden bei den Bezirken würde zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung führen und setzt zusätzliche Synergieeffekte frei. Außerdem verfügen die Bezirke in ihren Fachämtern für „Management des öffentlichen Raums“ über ein immenses Fachwissen, das einen gezielteren Einsatz des straßenverkehrsrechtlichen Instrumentariums ermöglicht. Die FDP-Fraktionen fordern den Senat deshalb auf, endlich eine vergleichbare Verteilung der straßenverkehrlichen Bezirkskompetenzen wie im Stadtstaat Berlin einzurichten.

KATJA SUDING, Fraktionsvorsitzende,
FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

HELGA DANIEL, Fraktionsvorsitzende,
FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Wandsbek

CLAUS-JOACHIM DICKOW, Fraktionsvorsitzender,
FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

SVEN EICHNER, Gruppenvorsitzender,
FDP-Gruppe in der Bezirksversammlung Bergedorf

LORENZ FLEMMING, Fraktionsvorsitzender,
FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Altona

BERND OHDE, Gruppenvorsitzender,
FDP-Gruppe in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

LUTZ SCHMIDT, Fraktionsvorsitzender,
FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

CARSTEN SCHUSTER, Fraktionsvorsitzender,
FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung Harburg

Hamburg, den 23. März 2014

HERAUSGEBER: FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg // Telefon: 040 42831-2083
info@fdp-fraktion-hh.de // www.fdp-fraktion-hh.de
REDAKTION: Michael Kruse, Alexander Luckow
V.I.S.D.P.: Katja Suding